



im<sup>+</sup>**FOKUS**  
USA

# USA & PRÄSIDENT TRUMP

## HINTERGRUNDINFOS

**Stand 27.06.2017**

Im Rahmen der Fokusprogramme bietet das ICS jährlich ein neues Programm zu einem ausgewählten Zielmarkt an. Diese Programme unterstützen steirische Unternehmen, die sich für den Markteintritt oder -ausbau in diesen Regionen interessieren. Neu gestartet wurde das Fokusprogramm USA, die Zukunftsreise nach Seattle, San Francisco und ins Silicon Valley findet von 05. bis 11. November 2017 statt. Zur Zukunftsreise gibt es bereits jetzt zahlreiche Anfragen und Interessenten, ein Programmentwurf inkl. Anmeldeöglichkeit soll im Juli vorliegen.

In Zusammenarbeit mit der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA findet eine Serie von Inlandsseminaren, Beratungen und Kamingsgesprächen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen geplant.

#### RÜCKBLICK 2017

- Frühjahr Go Silicon Valley (Bewerbung)
- ab 07. März Business English Kurs Voitsberg
- 13. März Europa in Zeiten Trumps, Pfingstdialog (Bewerbung)
- 07. März Seminar Doing Business, Markteintritt und Leadership mit IBSA
- 16. März Seminar Warenlieferungen, Logistik
- 29.-30. März MIT Conference Wien (Bewerbung)
- ab 25. April Business English Kurs Hartberg-Fürstenfeld
- 04. Mai Seminar Recht und Steuern mit Rabel und Partner Graz
- 08.-13. Mai Boston, New York Reise WKO Steiermark (abgesagt)
- 31. Mai Europe.USA.3.0 Pfingstdialog (Bewerbung)
- 01. Juni Exportseminar Lebensmittel/Medizinprodukte und -technik

#### VORSCHAU 2017

- 03. Juli AWT; Sprechtag mit US-Außenwirtschaftscenter
- 03. Juli USA & PRÄSIDENT TRUMP, Key Note Gerhard Zeiler,
- 05.-11. Nov. Delegationsreise USA
- 2. Halbjahr Businessknigge USA, Pitchingtraining
  - USA Workshop am 13. Steirischen Exporttag, Einreisebestimmungen, Visa
  - Webinar Firmengründung
  - Weitere Seminare in Zusammenarbeit mit IBSA

#### WIRTSCHAFTSINFORMATIONEN

AußenwirtschaftsCenter Washington <https://www.wko.at/service/dienststelle.html?orgid=14629>

#### **Einschätzung zu den Rahmenbedingungen und Auswirkungen der neuen US Administration geben:**

Österreichische Unternehmen haben knapp 10 Mrd. Euro in den USA investiert, von den rund 650 Niederlassungen sind rund ein Drittel auch in der Produktion aktiv. Neben einer bedeutenden Investition der voestalpine in ein Werk in Texas, das letztes Jahr eröffnet wurde, hat vor Kurzem auch Lenzing eine Produktionsanlage – in diesem Fall in Alabama – angekündigt. Es ist momentan kein Investitionsstopp festzustellen, gleichwohl werden die Aktivitäten der US-Administration genauestens verfolgt um entsprechend disponieren zu können. Die Hoffnungen

der Wirtschaft liegen auf dem erwarteten Infrastrukturprogramm, der geplanten Steuerreform (Senkung der Steuer für Firmen auf 15%) sowie dem angekündigten Bürokratieabbau.

Im Bereich der US Handelspolitik wird von Analysten eine Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens erwartet, der erste Schritt hierfür wurde mit der Notifizierung des Kongresses am 18. Juni gesetzt. Nähere Details zu den Verhandlungsinhalten sind jedoch noch offen, Änderungen können sich primär in den Bereichen Ursprungsregeln bzw. Ausmaß des US content sowie hinsichtlich des Streitbeilegungsverfahrens ergeben. Ein Ausstieg erscheint unwahrscheinlich, dieser wäre mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten möglich.

Kurzfristig sind voraussichtlich keine größeren Änderungen in den Handelsbeziehungen zu erwarten, mittel- bis langfristig ist jedoch schwer einzuschätzen, inwieweit sich protektionistische Tendenzen manifestieren könnten. Neben der „Buy-American“ Philosophie ist hier auch die in Washington zuletzt in Diskussion stehende „border adjustment tax“ oder die Drohung mit Strafzöllen zu erwähnen. Weiters wird derzeit überprüft inwieweit Stahl- und Aluminiumimporte die „nationale Sicherheit“ gefährden.

Die USA waren 2016 (wie bereits 2015) der zweitwichtigste Exportmarkt für österreichische Firmen. Diese sind sehr gut am Markt etabliert und konnten sich in den letzten Jahren über starke Zuwächse freuen. Es sollten daher weiter Marktchancen genutzt werden und trotz der aktuellen Flut von Spekulationen keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Für Fragen und Unterstützung bei der Marktbearbeitung steht die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA jederzeit gerne zur Verfügung.

Außenwirtschaftscenter New York <https://www.wko.at/service/dienststelle.html?orgid=14601>

## **USA Overview – aktuelle Entwicklungen und Auswirkungen auf Österreich**

### Darstellung der Ausgangssituation

Mit einem Anteil von fast einem Viertel (2015: 24,3%) am weltweiten BIP sind die USA laut Weltbank nach wie vor weit vor China die mit Abstand größte und wichtigste Volkswirtschaft der Welt (2015: BIP der USA: 17.946 Mrd. USD, BIP Chinas: 10.866 Mrd. USD). Die Wirtschaftsleistung der USA ist nur unwesentlich geringer als jene aller 28 Mitgliedstaaten der EU zusammengerechnet (BIP 2015: 18.460 Mrd. USD).

Die Dynamik der US-Wirtschaft stützt sich vor allem auf die starke Nachfrage der amerikanischen Konsumenten, welche etwa 70% des BIP generiert. Diese führten u.a. zu einer weiteren Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze, welche noch im Jänner und Februar 2017 Werte von 218.000 neuen Jobs verzeichnete, sich mit März allerdings deutlich verlangsamte. Die Arbeitslosenrate befindet sich mit Stand April 2017 bei 4,5% und damit niedrigstem Wert seit 10 Jahren. Der amerikanische Arbeitsmarkt befindet sich also in sehr gutem Zustand und auch 2017 soll die Arbeitslosenrate mit Werten zwischen 4.5% und 4.8% weiter auf niedrigem Niveau bleiben. Im Jahr 2016 wurden insgesamt knapp über 2 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen. Die sich daraus ergebende gesunkene Arbeitslosigkeit (die Arbeitslosenrate lag mit 4,7% in 2016 auf dem geringsten Wert seit 2008 und damit beinahe auf dem Niveau, ab welchem die US-Notenbank von Vollbeschäftigung ausgeht) und gestiegene Beschäftigungsquote (63% - damit wieder auf Niveau von 2013) sowie die durch niedrige Energiepreise gestiegenen Familieneinkommen erhöhen ihrerseits wiederum das Konsumentenvertrauen und treiben den Zyklus des Wirtschaftswachstums weiter an.

Im Außenhandel verzeichnet das Land ein chronisches Handelsbilanzdefizit.

Donald Trump hat am 8./9. November 2016 einen historischen Wahlkampf für sich entschieden und ist trotz Verlust der „popular vote“ seit 20. Jänner 2017 der amtierende 45. US-Präsident;

entgegen der meisten Erwartungen im Vorfeld haben sowohl der Dow Jones als auch der breiter gestreute S&P500, sowie auch der Dollar Höchststände markiert (DJ zuletzt am 1. März 2017 mit 21.115,55 Punkten) - inwieweit diese Entwicklungen realwirtschaftlich nachhaltig begründet sind, ist allerdings strittig und wird sich noch weisen.

Bereits unmittelbar nach seinem Antritt hat Präsident Trump zahlreiche, oft kontroverse und von mäßigem Erfolg geprägte Executive Orders und Präsidialerlässe – größtenteils wie während seines Wahlkampfes versprochen – verabschiedet (Nicht-Umsetzung TPP, Deregulierung von Energiewirtschaft, strengere Immigrationsbestimmungen, „Repeal and Replace“ Obamacare etc...); in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit richtete Trump den wirtschaftspolitischen Fokus wieder zentral auf die USA (America first, buy and hire American), auch wenn sich per April 2017 - zumindest außenpolitisch – überraschende Kehrtwenden und interventionistischere Ansätze zeigten und auch sein Kabinett und Beraterstab laufende Änderungen unterworfen ist. Es bleibt abzuwarten, welche Punkte von Trumps ursprünglicher politischer Agenda tatsächlich Realität werden und wie sich seine Wirtschaftspolitik in weiterer Folge ausgestalten wird; die veränderte Situation stellt aber in jedem Fall eine erhöhte politische Unberechenbarkeit und Unsicherheit dar, welche sich mittelfristig auch auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken könnte.

Der US-Dollar setzte nach Wahlausgang zu einem Höhenflug an und kletterte von 1,13 gegenüber dem Euro auf 1,06. War vor Trumps Amtsantritt noch die Rede von einem Wechselkurs von einem Dollar zu einem Euro, hat der Trend seit Anfang Januar den Kurs in die Gegenrichtung eingeschlagen. Dass der US-amerikanische Präsident Donald Trump laut einem Bericht der „Washington Post“ dem russischen Außenminister geheime Staatsinformationen ausgeplaudert haben soll, gab am 16. Mai 2017 dem Euro dann den nötigen Schub, wieder über die Marke von 1,10 Dollar je Euro zu kommen. Die derzeit nicht abreißenden Skandalmeldungen rund um die Regierung der USA schlagen sich demnach sehr wohl auch in der Finanzwelt nieder. Haben noch Anfang des Jahres zahlreiche Experten eine Parität zwischen Dollar und Euro prognostiziert, wurde dieser Ausblick von den meisten auch schon wieder kassiert. Und nicht nur beim Euro-Dollar-Kurs ist der erneute Vertrauensentzug gegenüber Trump abzulesen. Der Dollar-Index, der die US-Währung gegenüber den sechs größten Währungen der Welt misst, fiel am Dienstag, dem 16. Mai auf das Sechs-Monats-Tief von 98,5 Punkten.

Geplante Steuerreformen und Deregulierungen im Energiebereich (möglicherweise zulasten der Umwelt) und das bereits im Wahlkampf oft angekündigte, eine Billion USD schwere Infrastrukturpaket könnte sicherlich zusätzlich wirtschaftsfördernde Impulse beisteuern und das Wachstum wieder in Richtung 3% oder mehr rücken; konkreter Informationen, Pläne und Details, vor allem auch zu Finanzierungs- und Budgetfragen, harrt man allerdings seit Monaten vergeblich. Von umfangreichen und vielerorts längst überfälligen Investitionen, gerade in öffentliche Verkehrs- und Energieinfrastruktur, könnten auch österreichische Firmen mit Niederlassungen in den USA oder österreichische Exporteure profitieren.

### EU-Perspektive

Die EU und Nordamerika weisen die höchst entwickelten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen der Welt auf.

Die ständige Verbesserung der handelspolitischen Rahmenbedingungen zur weiteren Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den **USA** und der **EU** stellt seit langem eine der Hauptforderungen der Wirtschaft dies- und jenseits des Atlantiks dar. Zusammen erwirtschafteten die USA und die EU im Jahre 2015 46,5% der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Der Abschluss des umfassenden und alle Branchen abdeckenden transatlantischen Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment

Partnership - TTIP) wurde als eine der ersten Amtshandlungen Trumps und Einlösung des Wahlversprechens verhindert.

Wie sich das weitere transatlantische, politische Arbeitsverhältnis unter Präsident Donald Trump tatsächlich entwickeln wird, ist aus heutiger Sicht schwer prognostizierbar; etliche europäische Regierungschefs hatten sich im Vorfeld kritisch und besorgt über die Möglichkeit geäußert, dass Donald Trump der 45. US-Präsidenten werden könnte. Seit seinem Amtsantritt vor 3 Monaten hat Trump zwar bereits einige offizielle Besuche europäischer Staatsoberhäupter in Washington wahrgenommen, darunter Angela Merkel, Theresa May, sowie auch den irischen Premierminister Enda Kenny, hier wurde aber vorerst in erster Linie der demonstrative Eindruck eines weiterhin kooperativen Verhältnisses bemüht, als konkrete transatlantikpolitikkrelevante Maßnahmen besprochen; vielfach wird auch weiterhin erwartet, dass Donald Trump seiner „America First“-Linie treu bleiben wird und sich dies unter Umständen negativ auf bereits traditionelle Gepflogenheiten im Bereich der politischen Zusammenarbeit mit den Demokratien Europas auswirken bzw. das internationale Mächte-Parallelogramm nachhaltig verschieben (etwa aufgrund der vermeintlichen Nähe des neuen Präsidenten zu Russlands Wladimir Putin, seiner kritischeren Position gegenüber China, etc...). Donald Trumps, besonders während seines Wahlkampfes, oftmals geäußerte Kritik an der EU, sowie seine unverhohlene Unterstützung für Brexit, ist zahlreichen EU-MS Vertretern und Politikern jedenfalls naturgemäß ein Dorn im Auge. Auch hier ist es allerdings angeraten, viele seiner vorschnellen und polarisierenden Äußerungen nicht verfrüht für politisch bare Münze zu nehmen und auf letztlich Pragmatismus zu hoffen.

#### Wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit der Region

Österreichs Ausfuhren in die USA fielen im Jahr 2016 mit -3,9 % auf 8,73 Mrd. EUR, stellen jedoch angesichts des Rekordjahres 2015 und damaligem Wachstum von 16,7% (!) trotzdem ein sehr gutes Ergebnis dar. 2015 machten alleine die USA mehr als ein Drittel aller österreichischen Exportzuwächse aus und katapultieren den größten Markt der Welt damit zur eindeutigen Nummer Zwei für die österreichische Exportwirtschaft, was sich auch 2016 bestätigte. Mit diesem Ergebnis sind die Vereinigten Staaten mit großem Abstand zu China das wichtigste Zielgebiet in Übersee, sowie nach Deutschland die Nummer zwei in der Weltrangliste der wichtigsten österreichischen Exportmärkte noch vor Italien sowie der Schweiz. Natürlich spielt der starke Dollar eine Rolle bei der positiven Entwicklung unserer Exporte, aber der Trend fing schon vor der EUR-Schwäche gegen Ende 2014 an bzw. sind viele Lieferungen auch Investitionsgüter, die lange im Vorhinein bestellt und bezahlt wurden.

Österreichische Firmen sind in den USA besonders im Maschinen- und Anlagen-sektor ausgezeichnet positioniert und profitieren damit von der zunehmenden Mechanisierung im Industriebereich.

2016 gingen die österreichischen Exporte in die USA um 3,9 % leicht zurück, was vor allem auf Rückgänge bei Maschinen (vor allem Verbrennungsmotoren, -27,1 % auf EUR 317,1 Mio.), elektrischen Maschinen und elektro-technischen Waren (hier vor allem elektrische Apparate für Drahttelefonie, -8,9% auf EUR 330,1 Mio.), KFZ (-24,1 % auf EUR 693 Mio.) und Waren aus Eisen und Stahl (EUR 231,8 Mio und -24,8 %) zurückzuführen ist.

Abgefedert wurde diese Entwicklung teilweise durch sehr kräftige Wachstumsraten bei pharmazeutischen Erzeugnissen (+11,1 % auf EUR 749,2 Mio.), Getränken (+21,1 % auf EUR 678,3 Mio.), Waffen und Munition (+45,2 % auf 310,2 Mio.) und Kunstgegenständen (+148 % auf EUR 123,7 Mio.).

Dank stabiler Konjunkturlage, sowie erhöhten Konjunktur- und Konsumoptimismus in den USA dürfte sich die äußerst erfreuliche Entwicklung der österreichischen Ausfuhren zumindest

mittelfristig fortsetzen, sofern keine überraschenden handelspolitischen Hemmnisse im Rahmen von Präsident Trumps nationalistischer Wirtschaftsagenda initiiert werden.

Die Importe aus den USA fielen 2016 in etwa analog um -4,5 % auf 5,018 Milliarden EUR; wichtigste US-Lieferungen waren in diesem Zeitraum organische Verbindungen (-15 %, 1,08 Mrd.), pharmazeutische Produkte (+14,5 %, EUR 896,6 Mio.), Maschinen, Apparate und mechanische Geräte (-4,7%, EUR 562,2 Mio.), sowie Fahrzeuge (+12,8 %, EUR 536 Mio.).

Nach wie vor erwirtschaftet Österreich in keiner anderen bilateralen Handelsbeziehung Überschüsse in ähnlicher Größenordnung wie im US Geschäft. Im Vergleich zu 2014 konnte diese positive Entwicklung 2015 sogar noch übertroffen werden und steigerte sich um 13,4 % von 3,38 Mrd. EUR auf 3,83 Mrd. EUR; im Jahr 2016 musste mit 3,709 ein leichter Rückgang von -3,2 % verzeichnet werden.

Die von der ONB erfassten österreichischen Direktinvestitionen in den USA haben sich zwischen 2008 und 2015 (letzter verfügbare Daten) auf EUR 10,2 Milliarden mehr als verdreifacht. Da auch einige österreichische Großunternehmen über Holdingkonstruktionen in Luxemburg und der Schweiz in den USA investiert haben, dürfte das tatsächliche Volumen noch um einiges höher liegen. Schachtelbeteiligungen und unterschiedliche Erfassungskriterien der statistischen Quellen machen exakte Zahlenangaben schwierig, wir gehen aber von einem Investitionsvolumen von etwa EUR 12 Mrd. insgesamt aus und rund 21600 Arbeitsplätze die in den USA geschaffen wurden. Wir schätzen, dass von den etwa 650 österreichischen Tochterfirmen knapp 200 Unternehmen oder mehr, etwa 1/3, aktiv produzieren. Bei den Übrigen handelt es sich um Repräsentanzen und Vertriebsniederlassungen.

#### Zusammenfassung Chancen & Risiken (alle Kompetenzfelder)

Der US-Markt ist riesig. Nicht groß, sondern wirklich riesig: Die US-Volkswirtschaft war 2015 fast genauso groß wie die EU 28, fünf Mal größer als Deutschland, acht Mal größer als Indien, neun Mal größer als Brasilien und Italien und fast doppelt so groß wie China. Mit einem Einfuhrvolumen von fast 2.761 Mrd. USD im Jahr 2015 sind die USA der größte Importmarkt der Welt.

Diese Marktgröße bietet österreichischen Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten. Die zunehmende Bedeutung des US-Marktes für die österreichische Exportwirtschaft wird auch in der aktuellen Exportstatistik belegt.

Die USA dominieren den IT-Sektor und werden langfristig im Chemie- und Pharmabereich sowie im Elektroniksegment in den Sektoren Automotive, Flugzeuge, Raumfahrt und Energie sowie im militärisch-industriellen Sektor weltweit führend bleiben. Der US-Markt ist sehr diversifiziert und hoch entwickelt, vor allem aber hochgradig transparent und beinahe barrierefrei.

Die Dimension des Marktes birgt allerdings auch Risiken. Die Zersplitterung in regionale Teilmärkte erfordert viel Information und geschickte Planung und macht die Vorbereitung eines Markteintritts damit oft zeit- und kostenintensiv. Das Wechselkursrisiko bleibt – wenn auch durch verschiedenste Möglichkeiten der Absicherung abgeschwächt – ein inhärentes Element der Geschäftstätigkeit im Dollarraum. Oft unterschätzt wird der für die erfolgreiche Marktbearbeitung notwendige Ressourceneinsatz. Unterschiedliche und teils einzelstaatlich geregelte Rechts- und Steuersysteme machen die Marktbearbeitung beratungsintensiv. Klagfreudige Amerikaner machen eine intensive Auseinandersetzung mit der US-Rechtssphäre notwendig. Der hohe Wettbewerbsdruck in zum Teil stark saturierten Marktsegmenten treibt Ausgaben für Werbung und Marketing nach oben.

Die Wahl von Donald J. Trump sorgt aufgrund ihres insgesamt eher unkonventionellen Verlaufes zumindest für einige Fragezeichen auf Seiten politischer Beobachter und Analysten. Sie stellt zumindest eine politisch-kulturelle Zäsur dar.

Österr. Firmen zeigen vorerst keine Panik, sondern sind vorsichtig optimistisch. Vor ein paar Wochen waren sie sogar noch optimistischer: aufgrund der Ankündigungen von US-Präsident Donald Trump, den US-Markt zu deregulieren, in Infrastruktur zu investieren und eine Steuerreform durchzuführen. Es gibt noch immer zahlreiche Anfragen zu Investitionen, Entsendungen und Geschäftschancen. Es ist nicht zu erkennen, dass die Firmen die zukünftigen Entwicklungen abwarten. Außerdem sind die Rahmenbedingungen der jeweiligen Bundesstaates, in denen investiert werden soll, für diese Entscheidungen meist relevanter als die politische Situation in der Gesamt-USA. Die Stimmung bleibt also positiv, die Niederlassungsleiter österr. Firmen in den USA unterstützen aber nicht die Ideen der Person Trump.

Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> <li>↗ Innovation und Technologie</li> <li>↗ Transparent und barrierefrei</li> <li>↗ Marktgröße und -dynamik</li> <li>↗ Risikokapital vorhanden</li> <li>↗ Hoher Innovationsbedarf</li> <li>↗ Importfreude</li> <li>↗ Geringe Marktzugangsbarrieren</li> <li>↗ Hoher Nachholbedarf bei Infrastrukturinvestitionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>↘ sehr kompetitiver Markt</li> <li>↘ Wechselkurs</li> <li>↘ Produkthaftung</li> <li>↘ hohe Markteinstiegskosten</li> <li>↘ Bürokratie</li> <li>↘ Infrastrukturdefizite</li> <li>↘ Marktgröße und Kulturunterschiede</li> <li>↘ Politische Neuausrichtung und erhöhte Ungewissheit</li> </ul>

### Innen- und WirtschaftsPolitik USA

Donald Trump hat in seiner Antrittsrede größtenteils unverändert seine bereits aus dem Wahlkampf bekannten Prioritäten und Ansichten erneut hervorgehoben, welche prinzipiell auf sein Wahlkampfmotto „America First“ reduziert werden können. Reindustrialisierung, Arbeitsplätze und ein erstarktes patriotisches Selbstverständnis waren die Eckpfeiler seiner Ansprache.

Die Leitung des Trump-Konzerns solle vollständig an seine Söhne übergehen; Der Vorsitzende des US Office of Government Ethics beanstandete umgehend, die seiner Meinung nach nicht zufriedenstellende Lösung. Die auch von seinen Vorgängern gewählte Lösung, nämlich die Einrichtung eines Blind Trusts und Verwaltung durch einen unabhängigen Verwalter wurde von Trump abgelehnt.

Eigenen Tweets zufolge wird sich seine Wirtschaftspolitik in 2 Punkten zusammenfassen lassen können: „Buy American and Hire American“.

Verschiedene Analysten und Experten, wie zum Beispiel der Präsident der US Handelskammer, Tom J. Donohue, zeigen sich prinzipiell optimistisch und rechnen für 2017 mit einem Wirtschaftswachstum zwischen 2,5 und 3%, einer Inflationsrate von knapp 2%, sowie 2 bis 3 Leitzinssatzerhöhungen durch die FED. Außerdem haben zahlreiche Firmen wie Ford, General Motors und Walmart angekündigt in die USA zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und die Renditen auf US-Staatsanleihen sind gestiegen, was darauf hindeutet, dass mit einer besseren Konjunktur zu rechnen ist.

Gewisse Aspekte von Donald Trumps Wirtschaftsplänen, insbesondere die angekündigte Steuerreform, lokale Reindustrialisierung, die Investitionsvorhaben für Infrastruktur und den Ausbau von Energie (sowohl fossiler als auch erneuerbarer Energie) werden durchaus begrüßt. In Sachen Freihandelsabkommen vertrete die US Wirtschaftskammer allerdings einen anderen Standpunkt als Trump und sei pro-Freihandel. Die US-Arbeitslosenquote ist leicht von 4,6% auf 4,7% gestiegen, befindet sich allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau, welches nahezu einer statistischen Vollbeschäftigung entspricht.

Eine vielbeachtete und mit Spannung erwartete Nominierung stellte die Nachbesetzung des lange vakanten Supreme Court Justice Sitzes dar. Am 31. Januar 2017 präsentierte Präsident Trump schließlich Neil Gorsuch als Supreme Court Justice Nachfolger für den im Februar verstorbenen Antonin Scalia. Gorsuch ist ein respektierter Intellektueller der bei Streitthemen wie Abtreibung oder Waffengesetze eine strenge konservative Linie verfolgt. Er hatte sowohl in den privaten Gesprächen mit den Senatoren als auch bei seiner viertägigen Anhörung vor dem Justizausschuss eine gute Figur gemacht - an seiner fachlichen Qualifikation bestehen keine Zweifel. Obwohl fast alle Demokraten ihre Zustimmung verweigerten wurde Neil Gorsuch am 7. April schlussendlich vom Senat bestätigt.

Nach dem Rückzug der Nominierung von Andrew Puzder (66) als Secretary of Labor wurde am 16. Februar 2017 Alexander Acosta (48) nominiert. Er war unter George W. Bush stellvertretender Justizminister in der Abteilung Bürgerrechte und Staatsanwalt in Florida. Mit der Zustimmung des Senats am 11. Mai 2017 für den Antritt Acostas, wurde dieser zum letzten Mitglied der Regierung, wodurch diese jetzt vollständig besetzt ist.

Mit der Besetzung der Regierungsposten dürfte Trump zwar seine Parteikollegen, nicht aber seine Wähler zufriedengestellt haben. Entgegen seinen Versprechen Finanzgrößen wie Goldman Sachs uä. zur Kassa zu beten, hat er einige Mitglieder benannt, die gerade aus dieser Branche kommen. Es wird erwartet, dass Trump die Marschrichtung vorgibt und seinem Kabinett ansonsten viel Freiheit und Spielraum in Sachen Entscheidungen gibt und nur dann eingreift wenn es größere Probleme gibt. Eine Übersicht über die einzelnen Kabinetts-Mitglieder in Trumps Regierung finden Sie [hier](#).

Die Regierung von Trump hat am Freitag den 10. März 47 Bundesanwälte zum Rücktritt aufgefordert, die während der Amtszeit von Barack Obama ernannt worden waren. Ziel des Justizministeriums von Jeff Session ist ein „einheitlicher Übergang“. Es ist üblich, dass die Verträge von Bundesanwälten, die der Vorgänger eines Präsidenten eingestellt hat, nicht verlängert werden. Es ist jedoch selten, dass sie auf einen Schlag zum Aufhören gezwungen werden.

Am 9. Mai 2017 feuert Donald Trump unerwarteter Weise FBI Direktor James Comey. Trump überrascht damit nicht nur Demokraten und Comey selbst, der von seiner Entlassung durch eine Eilmeldung auf Fernsehmonitoren erfährt, sondern auch seine eigene Regierung. Die Entlassung sei vom Justizministerium nahegelegt worden; mit den Russlanduntersuchungen und dem gefeuerten nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn habe die Entlassung nichts zu tun. Des Weiteren meldet Trump dass, das FBI kein Vertrauen mehr in Comey habe, jedoch widerspricht dies Aussagen Comeys Nachfolger, Andrew McCabe, der im Senat sagt, dass das FBI vollstes Vertrauen in Comey habe. Am 11. Mai kündigt Trump in einem Interview mit Lester Holt von NBC an, dass er unabhängig von den Empfehlungen des Justizministeriums schon länger geplant hatte Comey zu feuern.

In jüngsten Entwicklungen berichtet die New York Times, dass Comey in einem Gespräch mit Präsident Trump nahegelegt wird, die Ermittlungen gegen den früheren Sicherheitsberater Flynn, welcher gleichzeitig vom FBI, Senat und Abgeordnetenhaus wegen Kontakten zu Russland während der US-Wahl untersucht wird, einzustellen. Umstritten ist ob Trumps Aussage als



„Behinderung der Justiz“ (Obstruction of Justice) zu werten ist. Kritiker vergleichen diese jüngsten Entwicklungen sogar mit dem Watergate-Skandal, dass 1973 zum Rücktritt von Präsident Nixon führte.

#### Trumps Plan für die Ersten 100 Tage - „America first“

Wie bereits im Wahlkampf angekündigt, richtet Trump den wirtschaftspolitischen Fokus wieder zentral auf die USA. Bisher hat er zur Umsetzung seiner Wahlversprechen folgende Executive Actions gesetzt oder will unter anderem umsetzen lassen:

Die Abkehr/Nicht-Umsetzung von TPP, sowie Neuverhandlungen bestehender Abkommen, v.a. NAFTA wie bereits angekündigt.

Deregulierung der nationalen Energiewirtschaft, vor allem im Bereich Schiefergas und „sauberer Kohle“.

Die Bürokratie um 75% reduzieren, für jede neue Richtlinie sollen zwei alte aufgehoben werden.

Strengere Visa- und Immigrationskontrollen auch in Bezug auf Schwarzarbeit.

Schutz amerikanischer Infrastruktur vor Cyber-Attacken und ähnlichen Angriffen.

Lobbying-Verbote für Regierungsmitglieder (5 Jahre national, unbegrenzt bei ausländischen Auftraggeber).

Steuererleichterungen für die Mittelschicht.

Mauerbau an der mexikanischen Grenze, die Kosten dafür sollen von den amerikanischen Steuergeldern vorfinanziert werden und erst später indirekt von Mexiko rückerstattet werden.

#### Übersicht bisher unterzeichnete Executive Actions

Executive Orders: insgesamt 35 seit Amtsantritt (Stand 17. Mai 2017)

20. Jänner 2017: **Aufhebung von Obamacare** - Aufhebung des “Patient Protection and Affordable Care Act”.

Am 7. März stellten die Republikaner erstmals einen Entwurf, den „American Health Care Act“ vor. Darin sollten die Versicherungspflicht sowie die staatlichen Zuschüsse für Krankenversicherungen abgeschafft werden. Es ist stattdessen eine freiwillige Krankenversicherung geplant, die mit Steuernachlässen begünstigt werden soll. Das Verbot von Obamacare, Menschen mit Vorerkrankungen von der Versicherung ausschließen, bleibt in diesem Entwurf bestehen, sowie die Möglichkeit für junge Erwachsene bis zum Alter von 26 Jahren bei ihren Eltern mitversichert zu sein. Mit diesem Plan hatte Trump Ende März eine Niederlage erlitten. Die Republikaner zogen auf Bitten des Präsidenten den Gesetzesentwurf zurück, weil sich abzeichnete, dass er im Repräsentantenhaus keine Mehrheit bekommen würde. Moderaten Republikanern und Demokraten sind Trumps Vorschläge zu weit, konservativen Republikanern nicht weit genug gegangen. Jetzt wird mit einem neuen Plan versucht, die fehlenden Stimmen im Senat zu gewinnen, hauptsächlich durch Vorteile für Unternehmen, wodurch eher die Hardliner in der Partei angesprochen werden sollen. (Möglichkeit, Teile der Krankenversicherung nicht mehr tragen zu müssen und kranke Menschen zukünftig unter bestimmten Voraussetzungen kündigen zu dürfen um Kosten zu senken

24. Jänner 2017: **Beschleunigung von Umweltrezensionen** und Genehmigung von wichtigen Infrastrukturprojekten.

25. Jänner 2017: **Erhöhung der Öffentlichen Sicherheit für Inneres.**

25. Jänner 2017: **Anordnung zum Bau der Mauer** – Grenzsicherheit und Verbesserung der Immigration Maßnahmen.

27. Jänner 2017: **„Einreiseverbot“** - Schutz der Nation vor der Einreise von ausländischen Terroristen.

Es handelt sich dabei um ein vorübergehendes Einreiseverbot (90 Tage) für Personen aus den mehrheitlich muslimischen Ländern Syrien, Jemen, Somalia, Sudan, Iran, Irak und Libyen. Dieses Dekret führte zu einem weltweiten Chaos bei den Einwanderungsbehörden und an den Flughäfen begleitet von zahlreichen Demonstrationen. Am 3. Februar wurde diese Executive Order von dem Bundesrichter James Robart aus San Francisco als verfassungswidrig aufgehoben.

28. Jänner 2017: **Ethische Verpflichtung von Verwaltungsbeamten.**

30. Jänner 2017: **Reduzierung des Verwaltungsaufwandes** - Anordnung zur Reduzierung von Vorschriften und der Kosten von Kontrolleinrichtungen.

03. Februar 2017: **Festlegung der Kernprinzipien für das Finanzsystem.**

09. Februar 2017: **Errichtung einer Task Force** zur Reduzierung der Kriminalitätsrate und Erhöhung der öffentlichen Sicherheit.

09. Februar 2017: **Verhinderung von Gewalt gegen Polizeibeamte.**

09. Februar 2017: **Errichtung des Bundesgesetzes** bezüglich grenzüberschreitender krimineller Vereinigungen und internationalem Handel.

09. Februar 2017: **Erstellen einer neuen Ordnung für das Justizministerium.**

24. Februar 2017: **Reform der Tagesregelung.**

28. Februar 2017: **Wiederherstellung des Rechtsstaats**, Föderalismus und wirtschaftlichen Wachstums.

28. Februar 2017: **Initiative des Weißen Hauses** zur Leistungsförderung und Innovation von historisch schwarzen Colleges und Universitäten.

06. März 2017: **„Abgeändertes Einreiseverbot“** - Schutz der Nation vor der Einreise von ausländischen Terroristen.

Dieses überarbeitete und vorübergehende Dekret (gilt für 90 Tage) tritt erst nach Verstreichen einer zehntägigen Frist am 16. März in Kraft. Menschen aus dem Irak werden diesmal aus dem neuen Einreiseverbot ausgenommen. Außerdem bezieht sich der Einreisestopp ausschließlich auf Personen, die sich um ein neues Visum bemühen. Wer aus den sechs Ländern ein gültiges Visum hat, darf weiterhin frei reisen. Außerdem gibt es Ausnahmeregelungen für Personen, die ihre Familien besuchen oder beruflich im Land zu tun haben. Nach dem Ende eines viermonatigen Aufschubs des Programms zur Aufnahme von Flüchtlingen wird die Zahl der von den USA aufgenommenen Flüchtlinge für das Fiskaljahr 2017 auf 50.000 begrenzt.

Der Bundesstaat Hawaii hat bereits eine Klage gegen den Erlass aufgrund der Diskriminierung von Muslimen, Touristen und Studenten eingereicht. Der Einreisestopp wurde daraufhin mit einer einstweiligen Verfügung durch einen Richter vorläufig gestoppt, da auch dieses gegen die Verfassung verstößt.

- 13. März: Erstellung einer Anleitung zur Neuorganisation der Exekutive.
- 27. März: Aufhebung von vertragsabschließenden Executive Orders des Bundes.
- 28. März: Förderung von Energieunabhängigkeit und des Wirtschaftswachstums.
- 29. März: Bildung einer präsidentialen Kommission zur Bekämpfung von Drogen- und Opioid Abhängigkeit.
- 31. März: Bekämpfung des erheblichen Handelsbilanzdefizites.
- 31. März: Herstellung einer Sukzession im Justizministerium.
- 18. April: Buy American and Hire American.

Aktuell gibt es größere Unsicherheiten bezüglich des H-1B Visums, da Präsident Trump bereits im Wahlkampf für Einschnitte bei denselben, insbesondere bzgl. der Voraussetzungen und Anzahl der zu vergebenden Visa, eingetreten ist. Besorgnis hat vor allem die Technologiebranche ausgedrückt, für die die Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland in der Personalbesetzung maßgeblich ist.

Ein teilweises Aufatmen hat es jedoch am Dienstag, dem 18. April gegeben, weil ein „executive order“ des Präsidenten vorerst keine effektiven Änderungen bezüglich bestehender Visaprogramme brachte, sondern lediglich den fachnahen Bundesämtern und Ministerien (Arbeit, Justiz, Heimatschutz, Äußeres) den Auftrag auf erteilt, die aktuelle Gesetzeslage zu prüfen und Vorschläge zu Änderungen in Richtung einer US-Amerikaner freundlichen Arbeitspolitik zu unterbreiten.

- 21. April: Ermitteln und Reduzieren von Steuerbelastungen.
- 25. April: Förderung der Landwirtschaft und des Wohlstands in ländlichen Gebieten.
- 26. April: Weitgehende Verbote der bundesstaatlichen Kontrolle des Bildungssektors.
- 26. April: Überprüfung der Benennungen unter dem Antiquities Act.
- 27. April: Verbessern der Verantwortlichkeit und dem Schutz vor Whistleblowern im Kriegsveteranenministerium.
- 28. April: Umsetzung einer America-First Offshore Energiestrategie.
- 29. April: Adressierung der Verletzungen und des Missbrauchs von Handelsabkommen.

Dieser Punkt machte den amerikanischen Unternehmen im Wahlkampf die größten Sorgen, da Trump zunächst von einem Aufkündigen des Handelsabkommen sprach. Durch großen Druck von dieser Seite und Gesprächen mit dem kanadischen Premierminister konnte Trump aber zu einem Einlenken bewogen werden, der sodann dieses executive order erließ und das Abkommen jetzt vorerst nur auf Verbesserungen untersuchen lassen und dann einige Punkte neu verhandeln will.

- 29. April: Schaffung des Amtes für Handels- und Produktionsangelegenheiten.

→ Der 29. April war auch Trumps hundertster Tag als Präsident.

- 1. Mai: Schaffung des American Technology Councils.
- 4. Mai: Förderung der Meinungs- und Religionsfreiheit.

11. Mai: **Schaffung einer den Präsidenten beratenden Kommission für Integrität bei Wahlen.**

11. Mai: **Stärkung der Cybersicherheit von Bundesnetzwerken und kritischer Infrastruktur.**

Neben den Executive Orders gibt es noch die **Presidential Memoranda**, sie haben ebenfalls die Kraft von Gesetzen werden jedoch gewöhnlich dazu verwendet, um Aufgaben zu delegieren, Regierungsbehörden mit Aufgaben zu beauftragen und regulatorische Prozesse zu beginnen. Außerdem hat Trump seit Beginn seiner Amtszeit einige Presidential Memoranda erlassen, mit folgenden Inhalten: Austritt von TPP, Bau der Dakota Access und Keystone XL Pipeline, sowie allgemein zum Bau von Ölleitungen, Verringerung der Regulierung der heimische Industrie und bezüglich der heimischen Sicherheitseinrichtungen, den Wiederaufbau der U.S. Armed Forces und der Homeland Security. Trump hat am 28. Jänner ein Presidential Memoranda zur Bekämpfung des Islamischen Staates im Irak und Syrien erlassen.

Ein **Bericht der USA Today** vom Februar 2017 deckte auf, dass vom Weißen Haus teilweise unzutreffende oder falsche Texte auf dessen Website gestellt wurden, die mit den offiziell im Federal Register publizierten nicht übereinstimmten. Hauptsächlich handelte es sich dabei um kleiner Rechtschreib- oder Grammatikfehler, jedoch wurde in zwei Fällen auf unrichtige oder nicht existierende Rechtsvorschriften hingewiesen.

#### Fazit

Kurz- bis mittelfristig könnten Trumps protektionistische und dereguliere Maßnahmen vor allem im Energie- und Finanzbereich, sowie das geplante Infrastruktur-Investitionspaket und Steuerreformen für positive Wirtschaftsimpulse sorgen und das Wirtschaftswachstum auf über 3 % schrauben, wovon auch österreichische Exporteure profitieren sollten. Wie nachhaltig diese Entwicklungen in Hinblick auf Umweltschutz, soziale Stabilität, Kohäsion und Inklusion, internationale Beziehungen und Kooperationen sein werden, wird sich vermutlich erst im Laufe der nächsten Wochen, Monate und Jahre stärker abzeichnen. Man kann ihm jedenfalls bereits nach wenigen Tagen nicht vorwerfen, seine Wahlkampfversprechen nicht umzusetzen. Gleich mit seiner ersten Amtshandlung als Präsident stellte er die Weichen für eine Aufweichung und teilweiser Widerrufung von Obamacare, es folgten ein Austritt aus TPP und ein Treffen mit den wichtigsten CEOs der amerikanischen Wirtschaft.

Politischer und vor allem wirtschaftlicher Pragmatismus bzw. Zweckoptimismus werden wichtiger sein als persönliche Sympathien. Erstmals in der Geschichte der USA übernahm ein Präsident Regierungsgeschäfte, der davor weder ein politisches Amt noch eine militärische Funktion bekleidete. Der Mangel an historischen Vergleichssituationen und Erfahrungswerten sorgt, in Kombination mit Trumps ohnehin polarisierendem Auftreten (weltweit) für zusätzliche Verunsicherung.

Nach den ersten 100 Tagen:

Offizielle Stimmen aus dem Weißen Haus bezeichnen die ersten 100 Tage des Präsidenten als sehr erfolgreich oder sogar als die erfolgreichsten der Geschichte der USA. Diese Meinung wird aber vom Großteil der Bevölkerung und vor allem der Medien, von Experten etc. nicht geteilt. Die New York Times bezeichnete sie sogar als „**The Worst on Record**“.

Auch schon ohne seine Vorhaben inhaltlich zu kritisieren, kann Trump nicht viel vorweisen, was die Abarbeitung seines Plans für die ersten 100 Tage angeht. Wichtige Punkte aus seinem Wahlkampf, wie die Reformierung des Gesundheitssystems, der Einreisestopp aus bestimmten hauptsächlich muslimischen Ländern und der Mauerbau an der mexikanischen Grenze - ganz zu schweigen von der Kostenübernahme durch Mexiko – konnte er aufgrund der fehlenden Zustimmung durch den Senat oder der Aussetzung durch Gerichte nicht realisieren.

Hinzuzufügen ist dem weiters, dass die Republikaner die Mehrheit im Senat stellen, weshalb eine verweigerte Zustimmung durch denselben für Trump einen noch herberen Rückschlag bedeutet.

## KONTAKT

Internationalisierungcenter Steiermark GmbH

**Mag. Daniela Guß** | T+43 316 601-546 | mobil+43 664 8179 273 | [daniela.guss@ic-steiermark.at](mailto:daniela.guss@ic-steiermark.at)